

ÖKONOMISCHE THEORIE DER PARTIZIPATION ODER PRAKTISCHE
PARTIZIPATION DER ÖKONOMEN? (1)

Hans G. Nutzinger

1. Zu den bisherigen ökonomischen Theorieansätzen partizipativer Wirtschaftformen

Man braucht kein dogmatischer Marxist zu sein, um festzustellen, daß die traditionelle ökonomische Theorie von ihrer ganzen Anlage her sich als Ausgangspunkt einer Theorie demokratischer Wirtschaftsorganisationen nicht sonderlich anbietet (2); zu lange hat sie die Frage der Herrschaftsbeziehungen im Betrieb unter der Rubrik "Produktionsfunktion" ausgeblendet (3), zu ausschließlich hat sie sich lange Zeit mit dem Marktmechanismus als ausschließlichen Koordinator wirtschaftlicher Entscheidungen beschäftigt (4). Und es ist gewiß auch kein Beweis reaktionärer Gesinnung, wenn man umgekehrt darauf hinweist, daß die Vertreter der marxistischen Denkrichtung über die Benennung des Herrschaftsproblems in kapitalistischen Gesellschaften hinaus nur wenig Konkretes anzubieten haben; und das Konkrete in den Ländern, in denen der Marxismus zur Staatsideologie verkommen ist, schreckt eher ab.

Diese ökonomische Insuffizienz gegenüber dem Machtproblem bei Vertretern der neoklassischen wie der marxistischen Denkrichtung zeigt sich schon in der Diskussion um das neoklassisch inspirierte "Marktsozialismus"-Modell von Lange und Lerner, in der Oskar Lange sich mit seinen neoliberalen Kritikern und den Repräsentanten eines orthodoxen Marxismus, wie Maurice Dobb, in der Notwendigkeit hierarchischer Unternehmensstrukturen jedenfalls im Grundsatz einig weiß: Hans-Jürgen Wagener hat zu Recht betont, "daß man sich Langes Sozialismusmodell als ein hierarchisches System vorstellen muß, in dem nur die Koordination der untersten Ebene mittels eines institutionalisierten Tâtonnement-Prozesses weiter ausgearbeitet ist. Für die Entwicklungsaufgaben in der historischen Evolution müssen offensichtlich die darüber liegenden Ebenen (Industriemanager, zentrales Planbüro) eigene Entscheidungsbefugnisse erhalten. Der herausgestellte Gegensatz zwischen Lange und Dobb schwächt sich dadurch erheblich ab"(5). Und trotz des berechtigten Interesses, das Ökonomen unterschiedlichster Richtungen am jugoslawischen Versuch einer marktwirtschaftlich orientierten Selbstverwaltung haben und trotz der interessanten ökonomischen Fachdiskussionen, welche die Analyse des "jugoslawischen Modells" hervorgerufen hat (6), muß man doch festhalten, daß das System der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien ohne jegliche ökonomisch-theoretische Grundlage als Resultat eines politischen Konflikts mit der Sowjetunion entstand. Erst ein Jahrzehnt danach brachte Benjamin Ward (1958) einen ersten und in der Folgewirkung recht irreführenden Versuch einer theoretischen Begründung für das Verhalten einer bewußt stark idealisierten "illyrischen" Unternehmung. Auch stark abge-

schwächte Formen der Partizipation, wie etwa die Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, stellen offenbar den Wirtschaftswissenschaftler vor eine Fülle ungelöster Rätsel: Die theoretisch anscheinend so stringent abgeleiteten negativen Folgen - von erlahmter Innovationsfreudigkeit über gebrochene Investitionsbereitschaft bis hin zur Massenarbeitslosigkeit - lassen sich schwerlich feststellen, und das liegt sicherlich nicht am wenig entwickelten Stand der empirischen Mitbestimmungsforschung (7).

Daß sich die Wirtschaftswissenschaftler nur sehr zögernd und meist eher widerwillig mit Problemen der Partizipation befaßt haben, in der Regel nicht analytisch vorausplanend, sondern von den Ereignissen weit überholt, ist ein wichtiges Erklärungsmoment für den unfertigen und zersplitterten Zustand der ökonomischen Theorie auf diesem Gebiet wie auch für die Tatsache, daß wesentliche Beiträge zur Theorie demokratischer Wirtschaftsreform von Politikwissenschaftlern, und nicht von Ökonomen, angeregt wurden mit der Konsequenz, daß den politikwissenschaftlich inspirierten Ansätzen in den Augen vieler Wirtschaftswissenschaftler (und auch in denen dieses Verfassers) eine gründliche Analyse der ökonomischen Funktionsprobleme zu fehlen scheint. Um eine kurze Übersicht über die verschiedenen Denkrichtungen, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, zu geben, will ich ohne Anspruch auf Vollständigkeit und differenzierte Untergliederung in einem ersten, groben Ansatz vier Richtungen der ökonomischen Theorie partizipativer Wirtschaftsreformen unterscheiden, die sich keineswegs notwendig wechselseitig ausschließen und auch in verschiedenen Kombinationen und mit unterschiedlicher Gewichtung auftreten können (8).

- a) Für besonders wichtig halte ich die neoklassisch inspirierte Denkrichtung der "Labor-Managed Market Economy", die in ihrer nackten, modellmäßigen Ausformulierung die übrigen Annahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie übernimmt und lediglich die "kapitalistische" Zielsetzung der Gewinnmaximierung durch das "laboristische" Ziel der Maximierung des Pro-Kopf-Einkommens ersetzt (9). Theoretisch ist dieses Funktionsmodell insofern interessant, als gezeigt werden kann, daß die üblichen Bedingungen der Wohlfahrtsökonomie - insbesondere die Äquivalenz zwischen einem Paretooptimum und einem Konkurrenzgleichgewicht - bei Abwesenheit von Unsicherheit erfüllt sind. Von praktischem Interesse ist diese Denkrichtung besonders deswegen, weil über die Modellanalyse hinaus auch eine Konfrontation der Theorie mit der jugoslawischen Realität und vor allem die Anwendung der Theorie als Strategie für Entwicklungsländer angestrebt wird (10). Als wesentlicher Mangel dieser Denkrichtung muß aber festgehalten werden, daß eine Analyse der politischen Institutionen und auch der innerbetrieblichen Willensbildungsprozesse allenfalls in Ansätzen erfolgt.
- b) Stärker normativ ausgerichtet sind umfassende Konzeptionen von Demokratisierung der Wirtschaft, häufig auch als "Wirtschaftsdemokratie" bezeichnet, wie sie aus politikwissenschaftlicher Sicht vor allem Vilmar und Sattler (1978) vertreten. Bei diesem Denkansatz geht es nicht

im engeren Sinne um ökonomische Funktionsprobleme, die allenfalls als Teilbereich auftreten, sondern um die Entwicklung einer realen Strategie unter den Bedingungen der westdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Hierbei wird unter Verwendung einer Vielzahl nicht notwendig miteinander kompatibler Teilelemente aus verschiedenen Wissenschaften und Lebensbereichen (Politikwissenschaft, Ökonomie, Sozialphilosophie, Erfahrungen der Arbeiterbewegung usw.) ein umfassendes, dem Anspruch nach integrales Modell der Wirtschaftsdemokratie und der Partizipation in allen Lebensbereichen entwickelt, dessen Vorzug das Ausgehen von den realen Organisationen und Institutionen, wie z. B. der Gewerkschaftsbewegung und der Mitbestimmung, und das Anknüpfen an unmittelbar praktische Problemstellungen, insbesondere die "Humanisierung des Arbeitslebens", ist. Ein derart umfassendes, aus recht heterogenen Teilelementen zusammengesetztes Gesamtmodell zieht aber nahezu unvermeidlich den Vorwurf mangelnder theoretisch-logischer Stringenz auf sich. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich Jaroslav Vanek in seinen letzten, bislang unpublizierten Schriften in ähnlicher Weise einem integralen Gesamtmodell zugewandt hat (11).

- c) Von einem wieder enger ökonomischen Ansatz aus, aber ebenfalls mit praktischer Zielrichtung, argumentieren diejenigen Vertreter des demokratischen Sozialismus, die auf dem Weg über eine direkte und indirekte Investitionslenkung eine Umverteilung unternehmerischer Entscheidungsbefugnisse zugunsten der arbeitenden Bevölkerung, d. h. faktisch zugunsten des Staates und der Gewerkschaften, anstreben. Diese Demokratisierung "von oben" läßt aber, abgesehen von der breit diskutierten ökonomischen Operationalität dieses Vorschlags wichtige Fragen der Partizipation offen (12): Wie kann etwa gesichert werden, daß nicht für, sondern auch tatsächlich durch die Arbeitnehmer Einfluß auf die Investitionsentscheidungen genommen wird? Und wie kann ein Branchenegoismus - unter Einschluß der jeweiligen Industriengewerkschaften - vermieden werden, der jede noch so gut gemeinte sektorale Investitionssteuerung leicht in ein scheindemokratisch legitimes Investitionskartell zu Lasten der Verbraucher, also insbesondere der arbeitenden Bevölkerung degenerieren ließe? Und schließlich: Wer bestimmt die Kriterien, nach denen die Investitionen sektoral und regional gesteuert werden? Zusammen mit den hier nicht entwickelten ökonomischen Funktionsdefiziten haben diese bisher nicht überzeugend beantworteten Fragen wohl mit dazu beigetragen, daß der Ansatzpunkt Investitionskontrollen in der gegenwärtigen Diskussion an Bedeutung verloren hat, wenn auch diese Thematik periodisch immer wieder - und auch in einigen Beiträgen zu diesem Sammelband - aufgegriffen wird.
- d) Besonders wichtig ist schließlich die hauptsächlich von Klaus Novy (1978a, 1978b) politikwissenschaftlich und historisch orientierte Richtung des demokratischen Sozialismus, die fleißig und kenntnisreich

weitgehend verschüttete Traditionen in Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung wieder zugänglich gemacht und aufgearbeitet hat. Dabei wird zurecht auf wichtige praktische Erfahrungen, wie im kommunalen Wiener Wohnungsbau, und auf umfangreiche theoretische Diskussionen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung hingewiesen, verbunden mit der Forderung, diese praktischen und theoretischen Befunde für eine heutige Strategie des demokratischen Sozialismus nutzbar zu machen. So berechtigt diese Forderung im Grunde auch ist, so wenig ersetzt sie ein umfassenderes, ökonomisch fundiertes Gesamtkonzept, nicht zuletzt deswegen, weil die Geschichte demokratisch-sozialistischer Bewegungen in Mitteleuropa fast durchgängig die Geschichte von Niederlagen war (13). Eine ökonomische Funktionsanalyse ist schon deshalb dringend erforderlich, weil sie Hinweise darauf geben kann, warum so viele gemeinwirtschaftliche Ansätze gescheitert sind; die üblichen Erklärungsansätze, welche die Rolle einer partizipationsfeindlichen Umwelt oder innere Konflikte der Arbeiterbewegung hervorheben, erscheinen uns keinesfalls ausreichend. Hinzu kommt, daß aus historischer Erfahrung aufgrund rasch sich verändernder Umweltbedingungen nur sehr begrenzt im Sinne praktischer Politik gelernt werden kann.

2. Der Wissenschaftler im Partizipationsprozeß

Trotz ihrer unterschiedlichen Ausgangspunkte und teilweise auch unterschiedlichen Zielsetzungen haben die verschiedenen Denkansätze doch eines wesentlich gemeinsam, nämlich eine unzureichende Vorstellung von den realen Menschen, für die Demokratisierung angestrebt und gefordert wird, und in Verbindung damit eine ungeklärte Rolle des Wissenschaftlers in diesem Demokratisierungsprozeß. Etwas überspitzt kann man dieses Defizit mit der Feststellung charakterisieren, daß alle angeführten ökonomischen Demokratisierungsstrategien eine insuffiziente Anthropologie aufweisen und daß sie deswegen das Problem der Hierarchie und ihre Überwindung nicht hinreichend in den Griff bekommen können. Diese insuffiziente Anthropologie stellt sich dabei auf mindestens zwei Ebenen dar, nämlich einmal auf derjenigen des Wissenschaftlers, der über Partizipation forscht und schreibt, zum anderen im Hinblick auf den arbeitenden Menschen, für den Partizipation gefordert und über dessen Partizipationsmöglichkeiten gesprochen wird.

Was den Wissenschaftler betrifft, der über Partizipation und demokratischen Sozialismus reflektiert, so befindet er sich in der fragwürdigen und unerfreulichen Position, daß seine Rolle in dem von ihm untersuchten Partizipationsprozeß problematisch bleibt. Dies gilt nicht nur für den Forscher, der sich der traditionellen Methodologie der ökonomischen Theorie und/oder der empirischen Sozialforschung bedient. Die hierbei angestrebte Trennung zwischen Forscher und Forschungsgegenstand, die der unvoreingenommenen und objektiven Erhebung aller relevanten Daten

und der mathematisch-statistischen Analyse vermuteter Funktionszusammenhänge dienen soll, schließt ja bewußt die Einbeziehung des Forschers in den Demokratisierungsprozeß aus, wengleich sie natürlich nicht ausschließt, daß auf einer anderen, der "normativen" Ebene der gleiche Forscher sich wertend mit seinem Forschungsgegenstand identifiziert. Eine derartige Trennung in verschiedene Rollen ist freilich nicht unproblematisch und auch schon hinlänglich kritisiert worden. Der Forscher kann sein "Partizipationsproblem" aber auch nicht einfach mit einer anderen Strategie lösen, indem er sich nicht nur in der Wahl des Forschungsgegenstandes, sondern auch der Forschungsverfahren - etwa neuerer, handlungs- und teilnehmerorientierter Verfahren der empirischen Forschung - normativ für seinen Forschungsgegenstand engagiert und sich für eine verstärkte Beteiligung der Arbeiter und/oder ihrer Organisationen an den wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen ausspricht. Er wird dadurch noch nicht zum unmittelbar Betroffenen, und bis zu einem gewissen Grad laufen alle Ansätze immer darauf hinaus, daß sich der Forscher über seine besondere Rolle doch weitgehend aus dem Partizipationsprozeß selbst ausklammert und für oder über die Arbeitnehmer spricht, seltener mit den Arbeitnehmern; und auch wenn dieses geschieht, hat es meist einen stark paternalistischen Einschlag (14).

In seiner gesellschaftlichen Rolle als Wissenschaftler bringt der Forscher nicht nur sich selbst und seine eigene Lebensgeschichte allenfalls höchst vermittelt in den Partizipationsprozeß ein - nämlich auf dem Umweg über seine erlernte, praktizierte und gesellschaftlich honorierte Fähigkeit zu abstrakt-logischem Denken -, er läßt notwendigerweise auch die Lebensgeschichte des Arbeiters außer Betracht. Noch und gerade in bester Absicht, nämlich mit dem Ziel, die Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeiter zu erhöhen, behandelt der Wissenschaftler den Arbeiter als - besonders kostbares - Objekt, er läßt ihn wider besseren Willen zum moralischen Subjekt verkommen. Diese Verdinglichung des Arbeiters in bester Absicht ist natürlich kein Argument dafür, daß man die traditionelle herrschaftsstabilisierende Rolle des Wissenschaftlers beibehält, dem es nur um die Effizienzsteigerung innerhalb vorgegebener und unbefragt hingenommener sozialer Strukturen geht. Es soll aber die Grenzen eines normativen Engagements deutlich machen, das mit dem berechtigten Hinweis auf die Menschenwürde des Arbeiters und mit der daraus abgeleiteten Forderung, den Arbeiter als Menschen und nicht als objektiven Produktionsfaktor im Betrieb zu behandeln, bereits den Wissenschaftler aus dem Partizipationsdilemma entläßt. Gerade diese Forderungen zeigen nur zu deutlich das Defizit, das sich aus der mangelnden Einbeziehung der Lebensgeschichte der Betroffenen, Wissenschaftler wie Arbeiter, ergibt: Es ist letztlich nur moralischer Überschwang zu fordern, daß der Arbeiter wie ein Mensch zu behandeln sei - der Arbeiter ist ein Mensch, ganz unabhängig davon, ob der progressive Wissenschaftler seine menschengerechte Behandlung fordert oder ob er als traditioneller Wirtschaftswissenschaftler von der herrschaftsbestimmten Umsetzung der Ware Arbeitskraft in Arbeitsleistung abstrahiert und so die "ausführende Tätigkeit" unter die "sachlichen" Produktionsfaktoren subsumieren kann.

3. Verschiedene Gründe für Hierarchie

Bei aller Kritik an der hierarchischen Gliederung des kapitalistischen Unternehmens haben die marxistischen Theoretiker weniger die Existenz dieser Hierarchie als vielmehr ihre Legitimation durch das kapitalistische Klassenmonopol an den Produktionsmitteln kritisiert und immer auch die systemübergreifende, funktionale Seite von Hierarchie - zumal im Sozialismus (15) - betont: 'Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auch in größerem Maßstab bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringt' (Marx 1867, S. 350). Friedrich Engels (1873, S. 306 f.) ging in seiner Betonung technologischer Sachzwänge gegenüber den italienischen "Antiautoritariern" sogar so weit, daß er nicht nur die Herrschaft der Maschinen in der sozialistischen Fabrik für weitaus tyrannischer erachtete, "als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind", sondern sogar in Abwandlung von Dantes Eingangsspruch zur Unterwelt über die Tore dieser Fabriken schreiben lassen wollte: "Laßt alle Autonomie fahren, die ihr eintretet!"

Diese Betonung der funktionalen Aspekte von Hierarchie durch die marxistischen Theoretiker kann sich natürlich auf die Einsicht stützen, daß im modernen Unternehmen auch ein technisch-organisatorischer Leistungserstellungsprozeß stattfindet, der eine einfache Übertragung von Modellen der politischen Demokratie ebensowenig erlaubt wie eine klare Abgrenzung zwischen herrschaftsbestimmten und funktional begründeten Entscheidungskompetenzen in der Unternehmung (16). Weil im modernen Produktionsprozeß aber Technologie, Organisation Abläufe und Herrschaftsstruktur vielfältig ineinander verwoben sind (17), ist eine abstrakt-analytische Trennung der verschiedenen Momente kaum möglich. Überdies besteht die im vorigen Abschnitt genannte Partizipationsproblematik für den analytisch-trennenden Wissenschaftler fort, da er ja bei diesem Versuch die Situation der unmittelbaren Produzenten mit einzubeziehen hätte, will er nicht der Verdinglichung des Arbeiters im Produktionsprozeß noch die Verdinglichung im wissenschaftlichen Forschungsprozeß unbefragt hinzufügen.

Es erscheint mir daher fruchtbarer, über die bisher bezeichneten Ebenen von technischer Funktionalität und Herrschaft hinaus das Hierarchieproblem in sozialpsychologischer Hinsicht zu betrachten. Der von Klaus Theweleit (1977) analysierte Extremfall hierarchisch gegliederter militärischer und faschistischer Organisationen (Kadettenanstalten, Freicorps) liefert dabei einige wichtige Einsichten in die sozialpsychologischen Bedingungen von Hierarchie. Das extreme Beispiel des Faschismus, an dem Klaus Theweleit den Zusammenhang zwischen frühkindlicher Sozialisation und dem Entstehen von Hierarchien als subjektiven Notwendigkeiten darstellt, sollte dabei nicht den Blick dafür verstellen, daß ähnliche Mecha-

nismen auch in "normalen" Situationen - und zwar in der kapitalistischen Produktion ebenso wie im Wissenschaftsprozeß oder in der Arbeiterbewegung - wirksam sind. Sehr vereinfacht gesagt, bringt Klaus Theweleit das Entstehen von Hierarchien (in seinem Extremfall von faschistisch-militaristischen Organisationen) damit in Verbindung, daß ein extremes Defizit an emotionaler und körperlicher Zuwendung in den frühesten Lebensphasen und die damit verbundenen Defizite in der Persönlichkeitsentwicklung kompensiert werden müssen durch das Festhalten der Individuen an und in Organisationsstrukturen, die dem Einzelnen nicht nur den sicheren Halt hierarchisch-gegliederter Gruppen geben, sondern zugleich einen Teil an Organisationsmacht verleihen, die zumindest für den Augenblick die Empfindung schon früh erfahrener Ohnmacht abzuwehren hilft. An die Stelle der entwickelten Persönlichkeit tritt ein "Körper-Ich" in einem durch Strafen und Drill herangebildeten "Körperpanzer", das seinen Halt nur in einem "Organisationspanzer" finden kann und seine Lebendigkeit immer nur für den Moment in der extremen Aktion zu finden vermag. Klaus Theweleit schreibt über den "soldatischen Mann": "Die Muskelphysiologie ist identisch mit allem was 'Ich' an ihm ist: Alle Kontrollfunktionen, Triebabwehrfunktionen, alles was das bewußte Denken des soldatischen Mannes bestimmt, seine Rede, sein Schreiben, sein Selbstverständnis als 'Mann', seine unermüdliche Arbeit zum Wohle des 'Ganzen' - sie erscheinen mir als Funktionen des Körper-Ichs, seiner im Schmerz erstarkten Muskulatur, die sich gegen das Fragmentieren wehrt. Um dieses Körper-Ich schließen sich äußere, gesellschaftliche oder Organisations-Ichs. Von einigen war schon die Rede: von der Nation, der Partei, der Truppe. Alle Ganzheitsmaschinen, in denen sie funktionieren, übernehmen ihre Ich-Funktionen, auch mechanische Maschinerien, mit denen sie sich 'verbinden', z. B. den Geschützen im Gefecht ... Auf eine dieser Stützen ist dies 'Ich' immer angewiesen; wenn sie versagen, bricht es zusammen und rettet sich vor dem überschwemmenden Ein- und Ausbruch des Lebendigen mit Hilfe seiner 'Erhaltungsmechanismen', der Entdifferenzierung, der Entlebendigung" (Band 2, S. 260).

Die reale "Entlebendigung" im extremen Fall von Tötungsaktionen in faschistisch-hierarchisch gegliederten Organisationen verstellt leicht den Blick darauf, daß auch im "zivilen" Leben - etwa im Unternehmen, der Politik, der Hochschule - vergleichbare Mechanismen am Werk sind, die, vermittelt über Erziehung, immer wieder eine Reproduktion von Hierarchien als Instrumenten der Persönlichkeitsstabilisierung erlauben. Klaus Theweleit führt einige dieser Mechanismen auf: "Der vielleicht verbreitetste zivile Selbsterhaltungsvorgang: alle anderen wo und wie es nur geht 'schlecht' machen (scheinbar 'ohne Grund'), besonders die Freunde und näheren Bekannten (um nicht mit ihnen zu verschmelzen in bedrohlicher Nähe) ... Getarnt als Form der Kritik: der 'Verriß'" (Band 2, S. 315).

Die "zivilen" Erhaltungsmechanismen machen aber auch nicht vor Wirtschaft und Wissenschaft halt: "Arbeiten, 'rotieren' bis zum Umfallen; alle Formen von Konkurrenzkämpfen unter etwa Gleichen ...; Tempo: Reden wie ein Schnellfeuergewehr, blitzschnelles Denken, funkenprü-

hender Geist, brillanter Witz, 'Esprit' etc. ... Tempo = ich entferne mich von meinen störenden Gefühlen, (und brilliere mit meinem geschliffenen Wortpanzer). Weiter: der Angriff auf den Ähnlichen. Mit zuverlässiger Genauigkeit die eigenen Fehler bei den anderen entdecken und sie dort vernichtend treffen" (Band 2, S. 316 ff.).

Es ist gerade die Alltäglichkeit der zivilen Erhaltungsmechanismen, ihr Auftreten und mitunter gar ihre Dominanz in den verschiedensten Lebensbereichen und Organisationszusammenhängen (nicht zuletzt auch in der "linken Bewegung"), die den Abbau von Hierarchie und die Entwicklung partizipativer Organisationsformen, gerade auch in den Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und Arbeitnehmern, so schwierig machen. Dieser Erklärungsansatz, der Hierarchie auch als "zivilen Erhaltungsmechanismus" zu begreifen versucht und damit deren Reproduktion auch als Reproduktion von Erziehung und Sozialisation schon im frühesten Lebensalter auffaßt, beansprucht nicht mehr als ein, wenn auch wichtiges, Erklärungsmoment für die Schwierigkeiten zu sein, die der Verwirklichung von "mehr Demokratie" im Wege stehen. Sie sollte insbesondere nicht mißverstanden werden als ein Versuch, Persönlichkeitsstörungen in bestimmten Lebensphasen zu lokalisieren (18). Ziel dieser vorläufigen Überlegungen ist vielmehr, bei dem Wissenschaftler, gerade wenn er mit fortschrittlichen Ansprüchen auftritt, Betroffenheit auszulösen und die Bereitschaft anzuregen, sich selbst mit seiner Lebensgeschichte, mit seinen Beschädigungen, in den Partizipationsprozeß mit einzubringen. Dies mag dann langfristig zu einer sozialwissenschaftlichen Theorie partizipativer Organisationsformen führen, die auch die gesellschaftliche und psychologische Seite des Hierarchieproblems in die Untersuchungen mit einbezieht. Ein erster Schritt auf diesem Wege wäre schon getan, wenn gerade fortschrittliche, linke Theorie mehr als bisher darauf achtet, nicht in ästhetisch schönem "Klugschnacken" stecken-zubleiben, jener intellektuellen Brillanz, die Klaus Theweleit auch als eine Ausdrucksform gestörter Persönlichkeitsbildung darstellt und die zu den zivilen Erhaltungsmechanismen gehört, die gegen bessere Absicht und Einsicht Hierarchien produzieren und reproduzieren.

Anmerkungen

- 1) Für hilfreiche Diskussionen über die Thematik danke ich den Teilnehmern der Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Ökonomie im Oktober 1979 sowie Herrn Professor Leonhard Bauer (Wirtschaftsuniversität Wien). Auch nach Über- und Ausarbeitung der in Thesenform bei der Herbsttagung vorgelegten Gedankengänge ist der noch weitgehend vorläufige Charakter dieses Beitrags, um Heinrich Böll zu zitieren, "weder zufällig noch beabsichtigt, sondern unvermeidlich".
- 2) Einen guten Überblick über interessante neuere Entwicklungen gibt Wagener 1979.
- 3) Vgl. dazu etwa Gintis 1975 und Nutzinger 1978; 1979a, Teil I.

- 4) Darauf hat vor allem Hirschman 1970 aufmerksam gemacht, und Williamson 1975 hat diese Frage zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen der amerikanischen Firmenstrukturen gemacht.
- 5) Wagener 1979, S. 117. Vgl. auch die Darstellung bei Nutzinger 1974, Kapitel II, 1.
- 6) Auf die Ergebnisse dieser Diskussionen gehen wir im folgenden kurz ein.
- 7) Siehe dazu die konservative Mitbestimmungskritik in dem Sammelband von Pejovich 1978; zu den Problemen und Perspektiven der empirischen Mitbestimmungsforschung siehe den Sammelband von Diefenbacher/Nutzinger 1981.
- 8) Bewußt ausgeklammert bleiben hier Modelle des "realen Sozialismus", wie er in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs praktiziert bzw. angestrebt wird, da sie zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum Ansatzpunkte für demokratische Wirtschaftsorganisation erkennen lassen; eine evtl. mögliche Analyse des chinesischen Sozialismus scheitert nicht nur am mangelnden Kenntnisstand des Verfassers, sondern auch an der Widersprüchlichkeit der Aussagen und Bewertungen in der Literatur.
- 9) Zu diesem abstrakten Funktionsmodell siehe etwa meinen Beitrag zur Herbsttagung 1978 des Arbeitskreises "Politische Ökonomie", publiziert in Nutzinger 1979b.
- 10) Vgl. dazu Vanek 1976 und 1977
- 11) Vgl. Vanek 1976; eine Übersicht über zum Teil ähnliche Gesamtkonzeptionen gibt die Dissertation von Jan Osers 1980.
- 12) Vgl. dazu mit weiteren Literaturhinweisen etwa Nutzinger 1978.
- 13) Dies räumt auch grundsätzlich Novy 1978b, S. 204 ein, sieht aber die Hauptgründe für das Scheitern in dem zu niedrigen Zentralisierungsgrad gemeinwirtschaftlicher Ansätze in Theorie und Praxis.
- 14) Vgl. zu diesem schwierigen, wohl nie ganz befriedigend lösbaren Problem die Einleitung in Diefenbacher/Nutzinger 1980. - Auch diejenigen Forschungsansätze, wie die "Betroffenenforschung", die diesen Gegensatz bewußt aufheben wollen, entgehen nicht der aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen entstehenden Partizipationsproblematik für Wissenschaftler und Arbeitnehmer.
- 15) Besonders Lenin hat diesen Denkstrang zur Rechtfertigung einer überaus hierarchischen Gliederung des Produktionsprozesses in den staatssozialistischen Ländern weiterentwickelt.
- 16) Vgl. dazu etwa Nutzinger 1979a, insbesondere die dort geübte Kritik an Vanek 1975 und Horvat 1972.

- 17) Vgl. dazu Ullrich 1980
- 18) Diese Wirkung hat mein Beitrag leider bei der Herbsttagung des Arbeitskreises "Politische Ökonomie" 1979 gezeitigt.

Literatur

- Diefenbacher, Hans und Nutzinger, Hans G. (Hrsg.) (1981): Mitbestimmung, Probleme und Perspektiven der empirischen Forschung. Frankfurt/M. - New York: Campus
- Engels, Friedrich (1873): Von der Autorität. In: MEW 18, Berlin: Dietz, 305-316
- Gintis, Herbert (1975): The Nature of the Labor Exchange and the Theory of Capitalist Production, Research Paper, Amherst, Mass., University of Massachusetts
- Hirschman, A. O. (1970): Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States. Cambridge, Mass.: Harvard University Press
- Horvat, Branko (1973): Arbeiterselbstverwaltung im Betrieb. In: P. Henricke (Hrsg.): Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 243-257.
- Marx, Karl (1867): Das Kapital. Bd. 1. In: MEW, Bd. 23, Berlin: Dietz, 1957
- Novy, Klaus (1978a): Strategien der Sozialisierung. Frankfurt/M. - New York: Campus
- Novy, Klaus (1978b): "Industrielle Selbstverwaltung zwischen Wirtschaftsdemokratie und Technokratie". In: J. Huber und J. Kosta (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion. Köln-Frankfurt/M.: EVA, 193-208
- Nutzinger, Hans G. (1974): Die Stellung des Betriebes in der sozialistischen Wirtschaft. Frankfurt/M. - New York: Herder & Herder
- Nutzinger, Hans G. (1978): "Unsicherheit, Hierarchie und vertikale Integration". In: E. Helmstädter (Hrsg.): Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. 98). Berlin: Duncker & Humblot, 519-542
- Nutzinger, Hans G. (1979a): "Uncertainty, Hierarchy and Vertical Integration". In: Economic Analysis and Workers' Management 13 (1979), 301-325
- Nutzinger, Hans G. (1979b): "Mikroökonomische Grundlagen demokratischer Wirtschaftsplanung". In: B. Bierwert u. a. (Hrsg.): Institutionelle Reformen in der Krise. Frankfurt/M. - New York: Campus, 421-437

- Osers, Jan (1980): Sozialistische Wirtschaftsmodelle. Frankfurt/M. - New York: Campus
- Pejovich, Svetozar (Hrsg.) (1978): The Co-Determination Movement in the West. Lexington, Mass. : D. C. Heath
- Theweleit, Klaus (1977): Männerphantasien. Frankfurt/M. : Verlag Roter Stern
- Ullrich, Otto (1979): Technik und Herrschaft. Frankfurt/M. : Suhrkamp
- Vanek, Jaroslav (Hrsg.) (1978): Self-Management: Economic Liberation of Man. Harmondsworth: Penguin, 1975
- Vanek, Jaroslav (1976): Through Participation and Dialogue to a World of Justice. Manuskript, Ithaca, N. Y. : Cornell University
- Vanek, Jaroslav (1977): The Labor-Managed Economy. Essays. Ithaca, N. Y. -London: Cornell University Press
- Vilmar, Fritz und Sattler, K. O. (1978): Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit. Köln-Frankfurt/M. : Europäische Verlagsanstalt
- Wagener, Hans-Jürgen (1979): Zur Analyse von Wirtschaftssystemen. Berlin-Heidelberg-New York: Springer, 1979
- Ward, Benjamin (1958): "The Firm in Illyria: Market Syndicalism". In: AER 48 1958, 566-589
- Williamson, O.E. (1975): Markets and Hierarchies: Analysis and Antitrust Implications. New York-London: Free Press 1975